DER SCHNELSENER

Mitgliederzeitung der SPD Schnelsen - Ausgabe Nr. 6 / 2011





November Dezember 2011

Viele Ereignisse fordern unser Handeln

Liebe Genossinnen und Genossen,



die vergangenen zwei Monate waren ereignisreich und interessant. Im September und Oktober hatten

wir zwei Mitgliederversammlungen zum Thema Parteireform und "Griechenland-Krise", wobei die zweite Veranstaltung öffentlich und mit 53 Gästen sehr gut besucht war.

Einen ausführlichen Bericht zum Dialogabend "Griechenlands Weg aus der Krise" am 13. Oktober findet ihr in diesem Schnelsener.

Am 25. Oktober fand nun "Olaf Scholz im Gespräch" in unserem Wahlkreis statt (Kursana Residenz). Die Veranstaltung war so gut besucht, dass der zur Verfügung stehende Raum nicht ausreichte und einige Gäste über Leinwand der Rede von Olaf und der anschließenden Diskussion folgen mussten.

Unser Bürgermeister sprach zu Beginn seiner Rede über die Eurokrise und spannte dann den Bogen zu seiner Hamburgpolitik. Er vertrat die Meinung, dass Steuersenkungen in der gegenwärtigen Situation nicht angebracht seien, wenn überall eingespart werden müsse.

Seine Themen für Hamburg waren u.a. der Hafen als wichtiger Wirtschaftsfaktor, die Bildungs- und Schulpolitik, sowie der Wohnungsbau. Er betonte das es noch mehr Themen gäbe die ihm am Herzen lägen und über die er sprechen könnte, aber es sollte ja

auch noch die Möglichkeit bestehen ihm Fragen zu stellen.

Auch während der Fragerunde kamen die Fragen aus den unterschiedlichsten Themenbereichen. Es ging um die Schulpolitik, Asylfragen, die Rekommunalisierung der Energienetze, sowie um den geplanten Wohnungsbau "Schnelsen 79".

Bei "Schnelsen 79 sprach er von 40 – 50 Wohneinheiten (Einzelhäuser bzw. Doppelhäuser). Die Anwohner sollten natürlich bei der Planung mit einbezogen werden, damit sich eine Bebauung in das dortige Umfeld gut einfügt. Schnelsen 79 ist die grüne Naherholungsfläche zwischen Grothwisch, Klaus-Nanne-Straße und der Landesgrenze. Seit 15 Jahren sind sich alle Parteien vor Ort mit den Anwohnern einig, dass diese Fläche aus infrastrukturellen und verkehrstechnischen Gründen für eine Bebauung nicht geeignet ist.

Aus diesem Grund hat auch die Bezirksversammlung bereits im Septem-

ber die Baubehörde mit einem Antrag einstimmig aufgefordert, das Bebauungsplanverfahren vor Ort nicht wieder aufzunehmen (weitere Infos hierzu auch unter www.schnelsen79.de).

Olaf hätte wahrscheinlich noch viel länger Fragen beantworten können, aber die Veranstaltung war zeitlich begrenzt. Im Anschluss stand er dann den Gästen noch mit einigen BV Abgeordneten und unseren Bürgerschaftsabgeordneten Sabine Steppat und Monika Schaal für weitere Fragen zur Verfügung.

Der Abend war sehr interessant und kurzweilig. Ich kann nur jedem empfehlen die Möglichkeit zu nutzen an einem solchen "Gesprächstermin" teilzunehmen. Olaf wird bis zur nächsten Wahl alle Wahlkreise ca. zweimal besuchen. Somit wird es auch noch einen weiteren Termin in unserem Wahlkreis geben.

Eure Astrid Bruchmann

Unsere herzlichen Glückwünsche - ab dem 70. Geburtstag - gehen an:

Ursula Rinck	am 04.11.	zum 78.
Jens Fleischer	am 14.11.	zum 70.
Charlotte Leschner	am 15.11.	zum 97.
Traute Gensig	am 26.11.	zum 71.
Annemarie Strenge	am 26.11.	zum 71.
Michael Gensig	am 27.11.	zum 94.
Ursel Behncke	am 27.12.	zum 87.
Dorothea Schmidt	am 30.12.	zum 88.

Alles Gute wünschen Distriktvorstand + Redaktion

www.spd-scnnelsen.de

Bericht einer Informationsveranstaltung mit der SPD-Bundesgeschäftsführerin Astrid Klug

Hoher Besuch war dem SPD-Landesvorstand und den SPD-Distriktvorsitzenden für den 18.10. angekündigt worden. Kein geringer als unser Parteivorsitzender Sigmar Gabriel sollte zu Besuch kommen und über die Parteireform berichten. Dass an dem Mittwochabend dann jedoch "nur" die Bundesgeschäftsführerin der SPD, Astrid Klug, im Kurt-Schumacher-Haus über die Parteireform diskutierte lag an einer Grippe, die sich Sigmar Gabriel eingefangen hatte.

• Öffnung der Partei? Ja, aber nur in Maßen.

Aber auch ohne Sigmar Gabriel war es ein informativer Abend, bei dem neben der Darlegung der wichtigsten Reformvorschläge auch die kritische Diskussion nicht zu kurz kam. Das

Was bringt ...

wichtigste vielleicht gleich vorweg: Die Öffnung der Partei für Nichtmitglieder wird nicht so umfangreich stattfinden, wie teilweise in den Medien diskutiert wurde. Zwar sollen auch Nichtmitglieder zukünftig die Möglichkeit haben sich aktiv an der inhaltlichen Arbeit der SPD zu beteiligen, wer jedoch über diese Inhalte später abstimmen möchte oder sich auch an Wahlen für Kandidatenaufstellungen beteiligen möchte, der muss SPD-Mitglied werden! So findet einerseits keine Entwertung der SPD-Mitgliedschaft statt, andererseits können so Personen, die nicht gleich vollwertiges Mitglied in der SPD werden wollen, sich an der Parteiarbeit beteiligen. Langfristig sollen über diesen "Zwischenschritt" wieder mehr Mitglieder für die SPD gewonnen werden.

Mehr Beteiligung f\u00fcr SPD-Mitglieder!

Neben dieser Neuerung soll die Mit-

gliedschaft in der SPD aufgewertet werden. Dies soll insbesondere durch mehr Mitspracherechte der Basis erfolgen. Bei der Personalauswahl sollen zukünftig die Mitglieder mehr beteiligt werden. Wie dieses genau aussehen soll - bspw. durch eine Mitgliedervollversammlung, Briefwahlen oder Vorwahlen - können die jeweiligen Gremien vor Ort entscheiden. Wichtig ist: Es soll mehr Mitsprache der Mitglieder geben. Ähnlich auch bei Sachfragen. Mitgliederentscheide sollen zukünftig einfacher durchzuführen sein. So müssen sich zukünftig nur noch mindestens 20% der Stimmberechtigten bei einem Mitgliederentscheid beteiligen (anstatt bisheriger 33%). Es ist außerdem geplant solche Entscheide zukünftig auch über das Internet durchzuführen.

• Reform des Parteivorstandes und des Bundesparteitages

Auch die Gremien auf Bundesebene

... die Parteireform?

IMPRESSUM

- Herausgeber / V.i.S.d.P. Vorstand der SPD Schnelsen
- Redaktion und Herstellung dieser Ausgabe:

Uwe Zimmermann, Michael Jankowski, Udo Jansen

- Druck & Gestaltung
 Druckservice Jansen, 22457 HH
- Redaktionsschluss (diese Ausgabe: 10.11.2011) (kommende Ausgabe: 31.12.2011) Auflage: ca. 165 Exemplare
- Bankverbindung

SPD-Schnelsen GLS Bank Kt. 200 949 99 00, BLZ 43060967 werden reformiert. So soll das Präsidium abgeschafft werden. Dieses soll den Parteivorstand stärken, welcher von 45 auf 35 Mitglieder reduziert wird und sich zukünftig alle zwei Wochen treffen wird. Darüber hinaus wird auch die Anzahl der Delegierten für den Bundesparteitag von bisher 480 auf 600 erhöht.

Gleichzeitig soll der Bundesparteitag nur noch alle zwei Jahre tagen. Dafür wird ein "kleiner Parteitag" eingeführt, welcher mit 200 Delegierten auskommt und zweimal jährlich stattfinden soll (in Jahren mit einem Bundesparteitag mind. einmal). Dieser "Parteikonvent" hat nicht alle Entscheidungskompetenzen des Bundesparteitages, kann aber über Inhalte entscheiden (jedoch nicht über Personalfragen oder Satzungsänderungen).

• Was bringt's?

Trotz all dieser und weiterer Änderungen, stellen sich viele Anwesenden jedoch die Frage, ob die Reformen ausreichen um die aktuellen Probleme der SPD zu bewältigen. Nicht zuletzt sind es teilweise gesellschaftliche Transformationsprozesse wie die häufig angesprochene Individualisierung. durch welche alle Parteien ihre Bindekraft verlieren. Ob die Parteireform ausreicht um gegen diesen Trend zu wirken bleibt fraglich. So verließen manche die Veranstaltungen mit einem Doppelbefund: Viele Aspekte der Parteireform erscheinen gemessen am jetzigen Zustand der Partei sinnvoll. Ob die Reform die SPD jedoch langfristig wieder nach vorne bringen kann, da bestehen noch Zweifel.

von Michael Jankowski

Frauenrechtszentrum "Frauenwürde" in Grozny -

Am 12. September 2011, anlässlich des Jubiläums der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte, war die ehemalige Stipendiatin und Menschenrechtsaktivistin Libkan Bazaeva mit ihrer Tochter Rezida in Hamburg zu Gast. Hier hatte unsere Bürgerschaftsabgeordnete Sabine Steppat die Gelegenheit, den Schilderungen dieser beeindruckenden Frau zu befragen.

Frauenrechtszentrum "Frauenwürde" in Grozny - Bericht über die Aktivitäten einer Kämpferin für die Menschenrechte

"Äußerlich normalisiert sich das Leben. Unter der Oberfläche wühlt indes die Angst. Wer sich der Herrschaft des Kadyrow-Clans widersetzt, bleibt nicht nur von den Segnungen des Wiederaufbaus ausgeschlossen. Der Terror des Regimes kann jeden jederzeit treffen", so berichtete die taz am 6. September 2011 über die gesellschaftliche Situation in Tschetschenien. Der jetzi-

ge Machthaber Ramsan Kadyrow, der 2007 das Erbe seines bei einem Attentat umgekommenen Vaters Achmat antrat, hat ein System etabliert (die Rede ist vom "Ramsanismus"), das das russische Rechtssystem unterhöhlt. Leidtragende sind insbesondere Frauen, denen Rechte verwehrt werden, die ihnen laut russischer Verfassung zustehen. Darüber berichtete die Menschenrechtsaktivistin Libkan Bazaeva, die das Frauenzentrum "Frauenwürde" (Schenskoje Dostoinstwo") in Grozny leitet.

Mit ihrem Besuch will sie nicht nur über ihre Arbeit berichten, sondern auch dafür sorgen, dass Tschetschenien nicht aus dem Blickwinkel der Öffentlichkeit verschwindet. Einerseits scheint das Leben für die Frauen ohne Krieg einfacher geworden zu sein, doch andererseits hat es einen beträchtlichen gesellschaftlichen Rückschritt im Land gegeben. Es herrscht die Vorstellung, dass Frauen primär

als Hausfrauen zu dienen haben. Äußerlich erkenntlich wird dieses etwa durch die Anordnung der Regierung, wonach Frauen Kopftücher tragen müssen. Halten sie sich nicht daran, kommt es partiell zu Aggressionen.

Die Frauen bewegen sich in einem Dreieck: zwischen den alten kaukasischen Bräuchen (wie etwa dem des Brautraubs, der Entführung einer Frau zum Zwecke der Zwangsheirat), der Scharia und der russischen Verfassung. Derzeit dominiert erstere, letztere wird am wenigsten Aufmerksamkeit geschenkt. So sind die Frauen weitgehend entrechtet, kommt es zu einer Scheidung, werden die Kinder automatisch dem Vater zugesprochen, ein Anrecht auf Erbschaft haben Frauen nicht. Hier setzt Libkan mit ihrer Arbeit an, sie lehrt den Frauen, dass die russische Verfassung noch immer gilt und sie die Möglichkeit haben, ihre Rechte wahrzunehmen.

800 bis 1.000 Frauen werden in dem

- Bericht über die Aktivitäten einer Kämpferin für die Menschenrechte

2002 gegründeten Zentrum betreut, in Fragen der Medizin, der Psychologie – viele Frauen sind aufgrund der Kriege traumatisiert –, des Berufes oder der Ausbildung.

Ganz praktische Hilfe wird hier geleistet, 2009 wurden etwa Führerscheinkurse für Frauen angeboten, mit dem Ziel, die Sichtbarkeit von Frauen im öffentlichen Raum zu erhöhen. Dieses Projekt finanzierte die Frauenstiftung FILIA. Außerdem erteilen Libkan und die Angestellten des Zentrums in den Abschlussklassen der Schulen Unterricht im Fach Frauenrechte.

Ihre Arbeit erstreckt sich überwiegend auf Grozny, zum Teil sind die Frauenrechtlerinnen aber auch in den Bergen tätig, wo die Terroristen sich aufhalten. Ziel ist es, junge Mädchen von den Rebellen fernzuhalten, denn angesichts der Perspektivlosigkeit für Jugendliche besteht die Gefahr der Radikalisierung.

Zwar gibt es noch immer Terroranschläge, auf die die Sicherheitsbehörden schnell und rabiat reagieren, dabei oftmals sowohl Verdächtige als auch Unverdächtige verhaften. Aber in zunehmendem Maße verlassen internationale NGOs das Land, was die Arbeit der nationalen NGOs gefährdet. Hilfe aus Deutschland ist daher umso wichtiger. Finanzielle Hilfe er-

fährt das Zentrum u. a. durch die Stiftung AMICA aus Freiburg, den Hamburger Bezirk von Amnesty International sowie durch die Frauenstiftung FILIA. Ohne Unterstützung aus Europa können sie ihre Arbeit nicht fortsetzen.

Vor den Kriegen war Libkan als Professorin für Philologie an der Universität in Grozny tätig, 1994 begann sie Friedensdemonstrationen und märsche zu organisieren und gründete die "Union der tschetschenischen Frauen", 2003 reichte sie eine Klage beim Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg gegen Russland ein, nach 6 Jahren gewann sie den Prozess. Im Auftrag der Menschenrechtsorganisation "Memorial" führte sie Verhandlungen mit hohen Militärs über "Regeln" bei sogenannten Säuberungen. Da sie 2003 gefährdet war, half ihr die Stiftung für politische Verfolgte und so verbrachte sie 2 ½ Jahre in Hamburg. Die Stadt Weimar verlieh ihr 2005 den Menschenrechtspreis.

Insgesamt habe sich gezeigt, resümiert Libkan Bazaeva, dass sich ein vorsichtiges, sensibles Vorgehen in Sachen Frauenrechte empfiehlt. Auf diese Weise lasse sich für die Frauen mehr

DER SCHNELSENER

SEITE 4

Einweihung des Findlings mit Schnelsen-Wappen Eröffnung der Kunstmeile Schnelsen

Fortsetzung von Seite 3

erreichen, wie etwa in der Frage des Problems "Brautraub" deutlich wurde. Diese Praxis konnte zwar nicht vollständig abgeschafft, aber zumindest zurückgedrängt werden.

von Sabine Steppat

Am 25.09.11 wurde in Schnelsen die jährliche Kunstmeile (in der Frohme-

straße) eröffnet. Auch wir waren in diesem Iahr wieder mit einem Infostand dabei konnten und mit zahlreichen interessierten SchnelsenerInnen über die aktuellen kommunal- und landespolitischen Themen diskutieren und auch informieren. Angefangen bei den Themen Wohnungsbau, Mietpreisentwicklung und Autobahndeckel bis hin zur sich stetig verschlechternden Verkehrssituation und die Möglichkeiten diese zu verändern reichten die Themen. Höhepunkt an diesem Tag war jedoch die Einweihung des 2,5 Tonnen schweren Findlings mit Schnelsen-Wappen. Unser Bezirksabgeordneter Jan Ohmer hielt die Einweihungsrede

und lobte das Engagement aller, die an der Realisierung dieses Projektes mitgewirkt haben. Die Schnelsener Bezirksabgeordneten aller Fraktionen hatten in den

vergangenen Monaten gemeinsam mit den Vertretern des "Herz von Schnelsen" und Herrn Burmester vom Schnelsen-Archiv einen geeigneten Standort gesucht - und in unmittelbarer Nähe der historischen Mitte Schnelsens an der Frohmestraße Ecke Wählingsallee gefunden. Durch die großzügige Spende der Familie Borowski aus Schnelsen konnte dann auch die Umsetzung erfolgen. Die Aufwertung der öffentlichen Fläche an dieser Stelle freute nicht nur die zahlreichen Schnelsener. welche der feierlichen Einweihung beiwohnten sondern auch den Eimsbüttler Bezirksamtsleiter Torsten Sevecke, welcher an diesem Tag den Weg nach Schnelsen fand.

von Jan Ohmer

Der vor Jahren vom Hamburger Senat evozierte Bebauungsplan Schnelsen 79 soll neu überplant werden. Dies



"Stein"-Einweihung am 25.09.

Bebauungsplan Schnelsen 79

teilte die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt der Bezirksversammlung Eimsbüttel Anfang September mit. Mit großer Verwunderung und einigen Bauchschmerzen wurde dies nicht nur von den Bezirksabgeordneten in Eimsbüttel sondern auch von den Anwohnern in Schnelsen wahrgenommen. Bauchschmerzen warum? Werden sich nun einige Fragen. Schnelsen 79 ist Landschaftsschutzgebiet und über viele Jahre als potenzielle Ausgleichsfläche für Bebauungen anderer Orts in Hamburg vom Senat deklariert worden. Bereits vor gut 15 Jahre sollten hier rund 200 Wohneinheiten entstehen. Dieser Plan wurde jedoch verworfen, da eine entsprechende verkehrliche Infrastruktur, ein ausreichender Emissionsschutz, sowie große Probleme bei der Oberflächenversiegelung auch im Hinblick auf die Oberflächenentwässerung bestanden und nach wie vor bestehen. Auch

einer juristischen Prüfung hielt der B-Plan seiner Zeit nicht stand. Derzeit prüft und plant die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt dort rund 90 Einzel- und Doppelhäuser errichten zu



Bürgerini und Abgeordnete aller Fraktionen

lassen und den B-Plan entsprechend zu ändern. Um dieses risikoreiche, kostspielige und ungewollte B-Planverfahren zu stoppen, haben SPD und GAL Ende September einen Antrag in die Bezirksversammlung eingebracht, welcher den Senat und die Behörde auffordert, dass B-Planverfahren Schnelsen 79 endgültig einzustellen um an dieser

> Stelle unnötige Kosten und Zeit zu sparen. Der Antrag wurde mit Stimmen aller Eimsbüttler Bezirksabgeordneten von SPD, CDU, GAL, FDP und Linke beschlossen. Bezirksamtsleiter Sevecke machte ebenfalls noch einmal öffentlich deutlich, dass auch zum Erreichen der Vorgaben durch den Wohnungsbauvertrag zwischen Senat und Bezirken diese

Fläche nicht benötigt wird. Ebenfalls hat der Bürgermeister unserer Nachbargemeinde in Bönningstedt Herr Liske in Absprache mit allen Frakti-

DER SCHNELSENER SEITE 5

Solidarität in der EU? Bericht von der Distriktveranstaltung am 13.10.

onsvorsitzenden dort, die Ablehnung dieses Vorhabens verkündet.

Am Samstag, 5. November 2011 fand in der Frohmestraße von 10 – 12 Uhr ein gemeinsamer Infostand der Bürgerinitiative, SPD, CDU, GAL, FDP und Linke statt. Hier wurden Unterschriften für den Erhalt der grünen Naherholungsfläche gesammelt und über den Planungsstand informiert wird.

Am Sonntag, 6. November 2011 lud die Bürgerinitiative Schnelsen 79 zur Podiumsdiskussion ins Clubhaus des TUS Germania Schnelsen von 17 – 19 Uhr ein. Moderiert wurde sie von Gerhard Schröder und Björn Dymek (BI Schnelsen 79). Auf dem Podium saßen Jan Ohmer (SPD), Silke Seif (CDU), Hans-Dieter Gallun (GAL), Klaus Krüger (FDP) und Zaklin Nastic (Linke) diskutierten und standen den Anwesenden Rede und Antwort.

von Jan Ohmer

Dialogabend der SPD-Schnelsen zur aktuellen Krise Griechenlands am 13. Oktober 2011 mit unseren Abgeordneten Sabine Steppat (Hamburger Bürgerschaft) und Panos Drossina-

kis (Bezirksversammlung Eimsbüttel). Als Moderator konnte Dr. Karl-Wolfgang Menck (Research Associate am HWWI) gewonnen werden.

"Kapitalismus pur ist nicht gut für uns"

... sagt Hamburgs Börsenpräsident Friedhelm Steinberg über die Eurokrise, die Fehler der Banken und die richtige Geldanlage in einem Beitrag am 5. Novem-

ber 2011 im Hamburger Abendblatt zur Schuldenkrise in Europa – Und mit dieser Aussage kann man auch Diskussion und Ergebnisse des Dialogabends bei der SPD-Schnelsen zusammenfassen.

In den Diskussionsbeiträgen der Referenten und Gäste wurden alle denkbaren Aspekte der Finanz- und Schuldenkrise in Griechenland und in den anderen europäischen Ländern ange-



Dr. K.-W. Menck, S. Steppat, P. Drossinakis

sprochen. Es wurde deutlich, dass die internationale Finanzwirtschaft einer der Hauptverantwortlichen für die Probleme ist. Und es wurde auch deutlich,

Griechenland braucht vor allem Zeit

dass die in diesen Ländern lebende Bevölkerung unsere Solidarität und konkrete Hilfe benötigt, um die Probleme überwinden zu können. Den Menschen - nicht nur den Banken - muss geholfen werden. Die hier abgedruckten Beiträge von Sabine Steppat und Panos Drossinakis informieren umfassend über die wesentlichen Faktoren der Krise und beinhalten auch Vorschläge zu deren Überwindung.

Insgesamt 53 Gäste waren am 13. Oktober 2011 zu der Diskussion ins Clubhaus TuS Germania gekommen; so viele engagierte Bürgen haben wir seit langem nicht für unsere Veranstaltungen interessieren können.

Bei Info-Ständen am 25. September 2011 (Frohmestrasse) und am 8. Oktober 2011 (Tibarg) war für den Diskussionsabende geworben worden. Zudem erfolgte in Niendorf und Schnelsen

eine Plakatwerbung mit Plakaten von Sabine Steppat. Herzlichen Dank an unsere Niendorfer Freunde für die Unterstützung der Veranstaltung.

von Uwe Zimmermann

Die aktuelle Wirtschafts- und Schuldenkrise in Griechenland ist unter anderem das Ergebnis einer tiefen politischen Krise, die auf die falsche Politik der zwei großen Parteien des Landes zurückzuführen ist.

Hierzulande zweifelt mancher, ob die jetzige griechische Regierung und vielmehr die Griechen selbst verstanden haben, wie ernst die Lage ist und ob die eingeleiteten Maßnahmen ausreichend sind, um diese Krise zu meistern, vor allem jedoch, ob die Griechen es schaffen werden, ihre Versprechen einzuhal-

Es ist eine Tatsache, dass die Regierung in den letzten 20 Monaten viele Veränderungen durchgesetzt und Missstände bekämpft hat, wie alle Regierungen in den vergangenen Jahrzehnten es nicht vermochten.

Zum Vergleich: Die Reduzierung des Defizits um mehr als fünf Prozentpunkte allein im Jahr 2010 würde für Deutschland bedeuten, dass der Staat in etwa 125 Milliarden von heute auf morgen innerhalb eines Jahres einsparen müsste. Dies ist faktisch, wie der ehemalige Finanzminister Hans Eichel eingestanden hat, für die deutschen Verhältnisse unmöglich.

Vorausgesetzt, die Euro-Länder werden weiterhin Griechenland helfen. darf hier an die Mentalität der Griechen erinnert werden. Dort packt man es an, kurz bevor es zu spät ist. Noch im Frühjahr 2004 verlangten deutsche Journalisten, Griechenland in letzter

DER SCHNELSENER SEITE 6

Langfristige EU-Investitionen in die Wirtschaft Griechenlands kommt besonders Deutschland zugute

Fortsetzung von Seite 5

Minute die Austragung der Olympischen Sommerspiele 2004 zu entziehen weil die Sportstätten wenige Monate vor Beginn der Spiele noch nicht fertig

gebaut wären.

Dennoch haben die Griechen es geschafft und laut IOC-Präsident Jacques Rogge die erfolgreichsten Spiele aller Zeiten organisiert! Es ist völlig richtig, dass heute die Europäer von der griechischen Regierung verlangen, einen effektiven ergiebigen und Steuereinnahmen-Mechanismus aufzubauen.

Aber die gesetzten Ziele können ohne Wachstum und Beschäftigung nicht erreicht werden. Die Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen erreicht mittlerweile 40 Prozent, man spricht jetzt schon von

Infostand auf dem Tibarg - Bewerbung der Griechenland-Veranstaltung v.l. Olaf Hanik, Jan Ohmer, Sabine Steppat, Panos Drossinakis und Benjamin Waldmann

einer "verlorenen Generation". Das Bruttoinlandsprodukt wurde in den vergangenen zehn Jahren um mehr als zehn Prozentpunkte reduziert. Es ist aber unmöglich, Steuern von Bürgern

> zu kassieren, die keine Einnahmen mehr haben. Wen überrascht es, dass die Sparziele für 2011 nicht erreicht werden?

> Es wird der Eindruck vermittelt, dass die aufgezwungene Sparpolitik, die die Rezession nur verschärft, als Bestrafung des griechischen Volkes im Ausland initiiert wurde.Dazu kommt die Überzeugung der einfachen Menschen in

Griechenlands Mitgliedschaft in der EU - von Sabine Steppat

Griechenland, dass die Regierung zu wenig tut, um diejenigen zu bestrafen, die jahrelang im großen Still Steuer hinterzogen haben. Dies muss endlich ein Ende haben!

Es muss wieder Wachstum generiert werden! Die griechische Wirtschaft muss wettbewerbsfähig werden. Insbesondere die kleinen Betriebe haben ein großes Potenzial. Über einen europäischen Griechenland-Investitionsfonds und eine zu gründende gemeinsame Institution, welche die Investitionen plant, einleitet und kontrolliert, kann dieses Ziel erreicht werden. Diese Investitionen könnten im Bereich der Infrastruktur, der Informationstechnologie, des Tourismus, der regenerativen Energien sowie des "grünen Wachstums" erfolgen.

Neue Wachstumsstandards, Umstrukturierung der Produktions- und Konsumbasis, Investitionen im Klima- und

Energiesektor sind nur einige Beispiele, die die potenziellen Möglichkeiten verdeutlichen.

Solche Investitionen würden für einige Jahrzehnte gemeinsam erwirtschaftet werden, was sowohl den Griechen als auch den Europäern und insbesondere Deutschland zugutekommen würde. Ein Großteil der Erlöse würde zurück in die eigenen Länder fließen. Gleichzeitig würde dies in Griechenland als ein Zeichen verstanden werden, dass die Europäer die bisherigen schmerzhaften Anstrengungen und die Erfolge würdigen.

Die Veränderungen in Wirtschaftsstrukturen, im öffentlichen Sektor und in der Gesellschaft sind so gravierend, dass es sich dabei schlicht um eine friedliche Revolution handelt. Den Griechen muss dazu vor allem eins gewährt werden: Zeit! Und das Vertrauen, dass sie es schaffen. Man muss wissen: keine Gesellschaft und keine Wirtschaft können von einem Tag auf den anderen per Befehl radikal verändert werden!

von Panos Drossinakis

Der Beitritt Griechenlands (GR) zur EU erfolgte 1981 nur 7 Jahre nach Ende der Militärdiktatur, trotz ungünstiger ökonomischer Daten, die einen Beitritt eigentlich nicht zugelassen hätten. Doch Helmut Schmidt und Giscard wollten den Beitritt aus politischen Gründen, GR sollte ein Stabilisierungsfaktor auf dem Balkan wirken.

Welche positiven Auswirkungen hatte der Beitritt für das Land?

- · Es kam zu einer Belebung des Tourismus.
- Mithilfe von Mitteln aus den Kohäsionsfonds gelang es, die Infrastruktur zu entwickeln.

DER SCHNELSENER

SEITE 7

Welche weiteren Schritte sollten weltweit bzw. in der EU eingeleitet werden?

Fortsetzung von Seite 6

- Das Land hat einen Modernisierungsprozess durchlaufen und ist seit Mitte der 90er auf eine
- Wachstumspfad, was etwa 2004 (auch genannt: "the year of the Greeks") bei der Olympiade sichtbar wurde.

Welche Rolle spielt Griechenland in Europa?

- GR fungiert als Brücke zum Balkan. Thessaloniki hat sich wie vor dem 1. Weltkrieg zur heimliche Hauptstadt des Balkans entwickelt.
- Zudem bildet GR die Brücke zur arabischen Welt, dorthin bestehen traditionell gute Beziehungen.
- GR hat sich zum Sprecher für die Erweiterungsanwärter gemacht.

Wodurch geriet das Land in die Krise, welche Probleme bestehen?

• GR hat einen hohen Anteil an Migranten in der EU zu verkraften, viele kommen vom Balkan nach GR, vor allem Albaner und Bulgaren.

- Insgesamt haben die Balkankriege hohe Lasten für GR zur Folge gehabt, wie etwa die Unterbrechung des Puts (Autobahnverbindung), der Transport-Nabelschnur zwischen der EU und GR.
- Das Land hat eine Reihe außenpolitischer Probleme, man denke an die Türkei, an Zypern oder Mazedonien.
- Gemessen am Bruttosozialprodukt hat GR die höchsten Verteidigungsausgaben in der NATO, sie liegen bei 4 %, in der Bundesrepublik lediglich bei 1,4 %.
- Eine schlechte Steuermoral, insbesondere bei Kleinunternehmern und Freiberuflern, mithilfe von Google-Earth wurde z. B. ermittelt, dass in Athen 16.000 Swimming Pools vor handen sind, den Finanzämtern waren nur 400 gemeldet.
- Die Steuerquote ist zu niedrig. Aufgrund von Korruption, zieht der Staat nicht konsequent genug Steuern ein.
- Der Staatsapparat wird zu stark von den Parteien dominiert, die auch die Gewerkschaften beherrschen, das Land

leidet unter Klientelismus.

• Ein aufgeblähter Beamtenapparat blockiert das Land. Dieser hat historische Gründe:

Nach der Unabhängigkeit 1830 orientierte sich GR am franz. Verwaltungsapparat und Zentralismus. Die politische Führung wollte die Macht der Regionen schwächen und eine starke Zentralverwaltung aufbauen. Seitdem hat GR seinen Staatsapparat immer weiter ausgedehnt.

- Der Staatsapparat leidet unter Ineffizienz, eine Folge ist z. B., dass 2009 nur 18,5 % der dem Land zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds abgerufen wurden. Es mangelt am "Guten Regieren".
- Zentral ist aber, dass GR durch die intern. Finanzkrise zum Fressen der Spekulanten wurde.

Insgesamt leistet die griechische Regierung viel: Die öffentlichen Ausgaben wurden um 9 Mrd. € in 2010, reduziert, das ging einher mit Maßnahmen

Wie kann Griechenland geholfen werden?

- zur Rationalisierung des öffentlichen Sektors;
- zur Reform des Rentensystems;
- zur Förderung des Wirtschaftswachstums:
- zur Reduzierung bürokratischer Hindernisse für in- und ausländische Investoren.

Die Regierung plant bis 2015 Staatsbesitz im Wert von 50 Mrd. € zu privatisieren. Nie zuvor hat GR solch weitreichende Wirtschaftsreformen in sokurzer Zeit durchgeführt.

Daraus folgten schmerzhafte Maßnahmen für die Bevölkerung:

- Die Mehrwertsteuer wurde um 6 % erhöht;
- die Renten wurden um 20 % gekürzt;
- die Staatsbediensteten haben Lohnkürzungen von 20-30 % zu verkraften und
- die Mineralölsteuer ist erheblich erhöht worden.

Folgen dieser Belastungen für die Bevölkerung:

- Man rechnet in 2012 mit einer Arbeitslosenquote von über 20 %. Bei Jugendlichen liegt sie sogar bei 42,5 %.
- Arbeitslose bekommen höchstens ein Jahr lang 450 € Arbeitslosengeld, danach nichts mehr. Hartz 4 existiert nicht.
- Da Griechenlands Wirtschaftsleistung zu mehr als 70 % aus privatem Konsum besteht, schlagen diese Kürzungen zusammen mit der Arbeitslosigkeit und den Steuererhöhungen direkt durch. Der Einzelhandel ging um 12 % zurück, schätzungsweise 65.000 Geschäfte mussten schließen. Seit dem letzten Jahr verloren über 230.000 Menschen ihren Arbeitsplatz. Die Arbeitslosenquote erreichte mit 16 % den höchsten Stand seit GRs Eintritt in die Eurozone.
- In Athen stieg die Obdachlosigkeit um 25 %, 3.500 Menschen besuchen täglich die größte Armenküche vor 10 Jahren waren es nur 100 Menschen.
- Die Rezession und die Inflation führen zu Protesten, organisiert aus den Reihen der Bewegung der sogenannten "empörten Bürger", die bisher keiner politischen Richtung oder Gewerkschaft folgen.

Wie kann GR geholfen werden?

- GR braucht eine Wachstumsperspektive. Die derzeitigen Hilfen setzten weiter vor allem auf einen rigorosen Sparkurs und Privatisierungen. Eine echte wirtschaftliche Erholung wird dadurch unmöglich. Der Kreislauf von Rezession, Arbeitslosigkeit, sinkenden Steuereinnahmen und weiter wachsendem staatlichem Defizit muss durchbrochen werden.
- Daher bittet der Vertreter der deutschgriechische Handelskammer Knapp die

DER SCHNELSENER SEITE 8

Wir brauchen mehr Regulierung im Finanzmarktsektor

Fortsetzung von Seite 7

Kreditanstalt für Wiederaufbau, den griechischen Mittelstand mit Liquidität zu versorgen: "Wenn jemand auf der Intensivstation liegt, dann braucht er künstliche Ernährung. Das wären in diesem Fall Investitionen. Und er

braucht Sauerstoff, das wäre in diesem Fall die Liquidität. Es fehlt im Moment an beidem."

GR braucht Investitionen in konkreten Wirtschaftsbereichen: Umwelt, Energie, Wasser, Bildung, Forschung, um die Nachfrageseite zu beleben. Im März 2010 war Papandreou zu Besuch in Berlin, da wurde die Kooperation auf 7 Gebieten vereinbart, dazu gehört auch der kulturelle Austausch,

die technische Hilfe, der Beamtenaustausch. Hier muss mehr geschehen. Die Zusammenarbeit von Institutionen von Wissenschaft und Forschung ist erstrebenswert; ein ERASMUS-Programm für Beamte und Angestellte ebenso mehr Stipendien wären positiv.

- · Wichtig ist es, den Jugendlichen eine Perspektive zu geben, damit der Brain Drain gestoppt wird.
- Es gibt konkrete Vorschläge, wie ein



Gemeinsamer Infostand in der "Frohme" wg. Schnelsen 79

Marshallplan für den Süden Europas gelingen kann, die etwa von der SPD-Politikerin Sigrid Skarpelis-Skerp präsentiert wurden.

- Für das Land ist es zentral, dass die Mittel des Kohäsionsfonds abgerufen werden.
- Neben ökonomischen Schritten sind aber vor auch politische Reformen im Land nötig, das Ansehen der politischen Parteien ist gesunken, das gute

Regieren muss noch geübt wer-

Der mit dem Europäischen Rettungsschirm begonnene Weg gemeinschaftlicher Verbürgung ist richtig, aber er sollte eine an eine Bedingung geknüpft werden: Wir brauchen in der EURO-Zone ein gemeinsames Verständnis für den Umgang mit öffentlichen Haushalten. Das ist die Grundlage der Solidarität. Wäre es nicht vorteilhaft, wenn in allen Ländern eine Schulden-

bremse eingebaut würde und die auch konsequent durchgesetzt würde?

Wir brauchen mehr Regulierung im Finanzmarktsektor, globale Regeln

Der Konstruktionsfehler des Euros muss behoben werden

sind nötig.

- Die EU muss darauf drängen, dass wir den intern. Rating Agenturen Einhalt gebieten, sie müssen auf ihre Ursprungsrolle zurückgeführt werden, nämlich auf die Abgabe von Bewertungen für US-Eisenbahngesellschaften. Nicht Rating Agenturen sollen entscheiden, sondern demokratische Re-
- Daher ist die Schaffung einer europäischen Rating Agentur erstrebenswert.
- Die lange von der SPD geforderte Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene muss eingeführt werden, um Spekulationsgeschäfte zu besteuern und um mit diesen Einnahmen dann den Finanzsektor an den Kosten von Finanzkrise und der Krise im Euroraum angemessen zu beteiligen. Eine Finanztransaktionssteuer wäre bei jedem Kauf oder Verkauf von Finanzprodukten zu bezahlen.
- Vor allem Globalisierungskritiker fordern seit Jahren eine solche Spekulationssteuer - die Rede ist von 0,1 bis 0,25 Prozent. Selbst ein geringerer Steuersatz von lediglich 0,01 bis 0,05 Prozent für den Handel mit Finanzprodukten würde nach früheren Berechnungen allein in Deutschland zu Steuereinnahmen zwischen 10 und 20 Milliarden Euro führen.
- Der Konstruktionsfehler des Euros muss behoben werden: Zu einer Währungsunion gehört eine europaweit abgestimmte Wirtschaftspolitik mit längerfristig ausgeglichenen Leistungsbilanzen zwischen den Mitgliedstaaten. Solange es in der Eurozone große und Leistungsbilanzungleichgewichte gibt, wird sie krisenanfällig bleiben.
- Die SPD fordert daher eine "Road Map" für die Aufarbeitung der Defizite in der Währungsunion und für die

- Etablierung einer funktionierenden wirtschafts- und währungspolitischen Steuerung!
- Wichtig ist, dass wir mehr Demokratie in der EU erhalten, zukünftig sollte es eine Wirtschaftspolitik geben, die von der Kommission erarbeitet und vom Europäischen Parlament kontrolliert wird.
- Zu lange hat das Wohl der Unternehmen im Vordergrund gestanden, nun gilt es mithilfe europäischer Sozialstandards, einer aktiveren europäischen Arbeitsmarktpolitik, besserer sozialer Integration ein soziales Europa zu schaffen. Europäische Sozialgesetze würden helfen, einer "Negativspirale des Sozialschutzes in Europa Einhalt zu gebieten" wie Martin Schulz, der Fraktionsvorsitzende im Europäischen Parlament, es formuliert.

von Sabine Steppat